

### **3. Eingaben, Initiativen, Lobby - Die politische Arbeit der agah**

#### **3.1 Integrations- und Antidiskriminierungspolitik**

Leitgedanke aller Aktivitäten der agah ist, den Integrationsprozess in Hessen zu stärken und voranzutreiben. Eine aktive Antidiskriminierungsarbeit gehört dazu genauso wie Eingaben, Initiativen oder Veranstaltungen, die auf ein spannungs- und vorurteilsfreies, von Respekt und Gleichberechtigung geprägtes Zusammenleben zielen. Daran hat sich auch in den Jahren 2006 bis 2009 nichts verändert.

Integration wird nicht gelingen, wenn für Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland unterschiedliche Gesetze gelten. Eine Integrationspolitik, die nicht als immanenten Bestandteil Antidiskriminierungsmaßnahmen ihr Eigen nennt, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung muss eines der wesentlichen Elemente jeder Integrationspolitik sein. Ohne die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, auf die Minderheiten zuzugehen und gemeinsam mit ihnen an einer besseren, gerechten Gesellschaft zu bauen, bleibt jede Integrationsmaßnahme letztendlich ohne Wirkung.

Deshalb sind alle Abschnitte dieses Berichtes als Bestandteil der Integrationsbemühungen der agah zu verstehen.

Dennoch bedarf es eines eigenen Kapitels zu dem Oberbegriff „Integration“. Nach wie vor steht dieser Begriff als Schlüsselbegriff einer modernen Migrationspolitik. Zum anderen hat der integrationspolitische Fokus der Hessischen Landesregierung im Berichtszeitraum noch einmal deutlich an Gewicht bekommen, was unmittelbar Auswirkungen auch auf die Arbeit der agah hatte.

Dieses Kapitel widmet sich deshalb vordringlich den gesamtkonzeptionellen Ansätzen der Landespolitik und den diesbezüglichen Aktivitäten der agah.

### **3.1.1 Integrationspolitik**

#### **3.1.1.1 Allgemein**

Die konstruktiv-kritische Begleitung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung in ihren vielfältigen Facetten, aber auch die Entwicklung eigener konzeptioneller Ansätze, waren ein wichtiges Anliegen von Vorstand und Geschäftsstelle im Berichtszeitraum. Hervorzuheben sind an dieser Stelle vor allem die zahlreichen Gespräche mit Landespolitikern sowie eigene Veranstaltungen und Diskussionen im Rahmen von Plenar- und Vorstandssitzungen.

Dabei war die agah immer von dem Ziel geleitet, im Dialog neue Wege aufzuzeigen und dort Verbesserungen einzufordern, wo Defizite bestehen. Im Vordergrund standen dabei vor allem eine Verbesserung der politischen Teilhabe, der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, aber auch die Rolle der Medien im Integrationsprozess und Fragen rund um das Thema Islam und Zusammenleben der Religionen als Bestandteil unseres Einsatzes für Gleichstellung und gegen Diskriminierung.

Als Beispiele seien hier die Gespräche mit Ministerpräsident Koch (2006, 2008), Innenminister Bouffier (2007), Sozialministerin Lautenschläger (2006, 2 x in 2007), dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Volker Hoff (2008), Integrationsminister Hahn (2009), Sozialstaatssekretär Krämer (2008), Integrationsstaatssekretär Dr. Kriszeleit (2 x 2009) und Kultusministerin Henzler (2009) im Rahmen der Plenarsitzungen der agah genannt. Inhalte der Gespräche waren regelmäßig Stand und Weiterentwicklung der Integrationspolitik im Allgemeinen sowie aktuelle integrationspolitische Themen im Besonderen (vgl. Kapitel 2.2).

Ergänzend dazu führte der Vorstand im Berichtszeitraum regelmäßig Gesprächen mit den Hausspitzen der Landesregierung:

07.04.2006	Innenminister Volker Bouffier Thema: Einbürgerungsleitfaden
15.05.2006	Staatsminister Volker Hoff Hessischer Minister für Bundes- und

	Europaangelegenheiten, Themen: Europäische Integrationspolitik und EU-Verfassung
10.05.2007	Innenminister Volker Bouffier Themen: Zuwanderungsgesetz/ Bleiberechtsregelung, Leitfaden für Einbürgerungen, Islamischer Feiertag, Friedhofsbestattungsgesetz, Kommunalwahlrecht
31.01.2007	Ministerpräsident Roland Koch Themen: Hessische Integrationspolitik und Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte
14.02.2007	Kultusministerin Karin Wolff Themen: Unterricht in den Herkunftssprachen, Ganztagschule, Förderstufe, Zusammenarbeit mit der agah
21.03.2007	Sozialministerin Silke Lautenschläger Themen: Mehrsprachigkeit in Kindergärten und interkulturelle Kompetenz, Folgeangebote nach Sprachkursen für Frauen, Bürgerschaftliches Ehrenamtsengagement und Ausländerbeiräte, agah-Finzenzen
22.06.2007	Staatsminister Volker Hoff Hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Themen: Nationaler Integrationsplan, Zuwanderungsgesetz, EU-Integrationspolitik
08.10.2007	Sozialstaatssekretär Gerd Krämer Thema: Ausstattung der agah
11.03.2008	Kultusministerin Karin Wolff Thema: u.a. schulpolitische Vorschläge der agah
17.07.2008	Kultusminister Jürgen Banzer Thema: Antrittsbesuch, allgemeine schulpolitische Themen

- 23.06.2008      Ministerpräsident Roland Koch  
Thema: agah-Aktionsprogramm
- 22.07.2008      Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Thema: u.a. Vorschläge des agah-Aktionsprogramms im Zuständigkeitsbereich, Ausstattung der agah
- 13.03.2009      Ministerpräsident Roland Koch,  
Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn,  
Sozialminister Banzer  
Thema: agah-Aktionsprogramm, Ausstattung der agah
- 22.04.2009      Wissenschaftsstaatssekretär Gerd Krämer  
Themen: Einrichtung von Studiengängen islamische Theologie an hessischen Hochschulen, Anerkennung von in Drittstaaten erworbenen Studienabschlüssen, Kampagne zur Motivierung von Migranten zur Aufnahme von Lehramtsstudiengängen, Internationaler Hochschulstandort Hessen
- 23.04.2009      Sozialminister Jürgen Banzer  
Themen: Vorschläge des agah-Aktionsprogramms im Zuständigkeitsbereich, Situation ausländischer Flüchtlinge in Hessen, Sprachkurse für Senioren
- 10.07.2009      Staatssekretärin für Europaangelegenheiten,  
Nicola Beer, Themen: Europäische Integrations- und Migrationspolitik,  
Antidiskriminierungsrichtlinie, Flüchtlingspolitik,  
Tierschutz und Schächten im Europäischen Kontext
- 29.07.2009      Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn  
Themen: Schwerpunktsetzung der hessischen Integrationspolitik 2009-2014, Zusammenarbeit mit der agah, Integrationsberatung und Antidiskriminierungspolitik, 11-Punkte-Aktionsplan,

- Härtefallkommission, Dialog mit dem Islam,  
Ausländerbeiratswahl 2010, Medien/hr
- 25.08.2009 Kultusministerin Dorothea Henzler  
Themen: Gewaltprävention an Schulen, G8/G9,  
Islamischer Religionsunterricht, Schulbesuch  
von Kindern ohne Aufenthaltsstatus, Unterricht  
in den Herkunftssprachen, Lehrer/innen mit  
Migrationshintergrund
- 20.10.2009 Staatssekretär der Justiz und für Integration,  
Dr. Rudolf Kriszeleit  
Thema: Integrationspolitik des Hauses, Ausstat-  
tung der agah

Auch mit den Fraktionen im Hessischen Landtag fand ein intensiverer und regelmäßiger Dialog zu den verschiedensten migrations- und integrationspolitischen Themen statt.

Vertreter/innen aller Landtagsfraktionen besuchten als - teilweise als ständige - Gäste regelmäßig die Plenarsitzungen der agah. Jährlich fanden zudem im Rahmen dieser Sitzungen Diskussionsrunden zu aktuellen Themen statt (vgl. zu den Inhalten Kapitel 2.2).

Gespräche in kleinerer Runde zwischen Vorstand und den Fraktions- und Parteivertretern rundeten den Austausch ab. So. u.a. am

- 26.01.2006 Gespräch mit MdL Sabine Waschke, SPD,  
integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 06.09.2006 Gespräch mit MdL Jürgen Frömmrich, Bündnis  
90/Die Grünen, integrationspolitischer Sprecher,  
Wiesbaden
- 20.02.2007 Gespräch mit Mitgliedern der CDU-Landtagsfrakti-  
on, Wiesbaden

- 20.03.2007 Gespräch mit MdL Jörg-Uwe Hahn, FDP-Fraktionsvorsitzender, und MdL Florian Rentsch, FDP, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 21.03.2007 Gespräch mit MdL Roger Lenhart, CDU, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 21.03.2007 Gespräch mit MdL Sabine Waschke, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 18.04.2007 Gespräch mit MdB Wolfgang Gehrcke, Die Linke, Wiesbaden
- 23.04.2007 Gespräch mit MdL Dorothea Henzler, FDP, schulpolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 21.08.2007 Gespräch mit der SPD-Fraktionsvorsitzenden MdL Andrea Ypsilanti sowie Mitgliedern des innenpolitischen Arbeitskreises, Wiesbaden
- 03.09.2007 Gespräch mit MdL Florian Rentsch, FDP, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 23.01.2008 Gespräch mit MdL Tarek Al-Wazir, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,, Wiesbaden
- 29.02.2008 Gespräch mit gewählten MdL Die Linke, Frankfurt
- 03.03.2008 Gespräch mit CDU-Generalsekretär MdL Michael Boddenberg, Wiesbaden
- 28.04.2008 Gespräch mit MdL Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender Die Linke, MdL Barbara Cardenas, integrationspolitische Sprecherin, MdL Hermann Schauss, Wiesbaden
- 27.05.2008 Gespräch mit MdL Turgut Yüksel, SPD, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 18.06.2008 Gespräch mit Vertretern der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wiesbaden

- 30.06.2008 Gespräch mit MdL Holger Bellino, CDU, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 22.07.2008 Gespräch mit MdL Barbara Cardenas, Die Linke, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 05.08.2008 Gespräch mit MdL Jörg-Uwe Hahn, FDP-Fraktionsvorsitzender, und MdL Wolfgang Greilich, FDP, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 19.08.2008 Gespräch mit MdL Holger Bellino, CDU, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 01.09.2008 Gespräch mit Mitgliedern des AK „Migration und Integration“ der SPD-Landtagsfraktion, Wiesbaden
- 22.09.2008 Gespräch mit Norbert Kartmann, Landtagspräsident, Wiesbaden
- 15.10.2008 Gespräch mit MdL Turgut Yüksel, SPD, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 15.10.2008 Gespräch mit MdL Mürvet Öztürk, Bündnis 90/ Die Grünen, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 15.10.2008 Gespräch mit MdL Barbara Cardenas, Die Linke, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 29.04.2009 Gespräch mit Torsten Schäfer-Gümbel, Landesvorsitzender der SPD Hessen und MdL Gerhard Merz, SPD, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
- 29.04.2009 Gespräch mit MdL Barbara Cardenas, Die Linke, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
- 24.06.2009 Gespräch mit Vertretern der SPD Landtagsfraktion, Wiesbaden
- 25.06.2009 Gespräch mit MdL Mürvet Öztürk, Bündnis 90/ Die Grünen, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden

30.06.2009	Gespräch mit MdL Hans-Christian Mick, FDP, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden
28.09.2009	Gespräch mit MdL Gerhard Merz, integrationspolitischer Sprecher, und MdL Nancy Faeser, Wiesbaden
06.10.2009	Gespräch mit Vertretern der Jungen Union, Landesverband Hessen, Wiesbaden
07.10.2009	Gespräch mit MdL Mürvet Öztürk, Bündnis 90/ Die Grünen, integrationspolitische Sprecherin, Wiesbaden
27.10.2009	Gespräch mit MdL Hans-Christian Mick, FDP, integrationspolitischer Sprecher, Wiesbaden

Inhalte der Gespräche waren regelmäßig Stand und Weiterentwicklung der Integrationspolitik im Allgemeinen sowie aktuelle integrationspolitische Themen im Besonderen (vgl. dazu auch Kapitel 4.3)

Mit einer Reihe von eigenen Veranstaltungen und Fortbildungen suchte die agah den gesellschaftlichen Diskurs zur Integrationsfrage voranzubringen und eigene Positionen weiterzuentwickeln (vgl. dazu Kapitel 6).

Mit Pressekonferenzen und zahlreichen Interviews - vor allem zur Bewertung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung - konnte die agah zudem ihre Positionen für eine gelungene Integration immer wieder auch öffentlich darstellen (vgl. auch Kapitel 5.1). Nicht zuletzt waren Vertreter/innen der agah zu einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen rund um das Thema „Integration“ geladen.

Als Beispiele seien an dieser Stelle genannt:

09.02.2006	Stadtgespräch zum Thema „Integration“, Frankfurt. Veranstalter: hr
------------	--



- 16.02.2006 „Die geprüfte Einwanderung? - Wer ist willkommen?“, Podiumsdiskussion, Heusenstamm. Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Offenbach-Land
- 06.-07.07.2006 „Migrationspolitik nach dem Amsterdamer Vertrag“, Tagung, Frankfurt. Veranstalter: Merton Zentrum für Europäische Integration und internationale Wirtschaftsordnung, AEI, Goethe-Universität Frankfurt
- 13.07.2006 „Umsetzung des Integrationsleitbilds im Kreis Groß-Gerau“, Auftaktveranstaltung, Groß-Gerau. Veranstalter: Kreisausschuss Groß-Gerau
- 13.09.2006 „Patriotismus und Ausländerintegration - ein Gegensatz?“, Diskussionsveranstaltung, Schwalbach. Veranstalter: Deutsch-ausländische Gemeinschaft Schwalbach
- 22.09.2006 „Miteinander Zusammenleben gestalten“, Jubiläumsfeier, Rüsselsheim. Veranstalter: Stadtverband der ausländischen Vereinigungen e.V.
- 03.11.2006 „Einwanderungs- und Integrationspolitik in Europa“, Kolloquium, Wiesbaden. Veranstalter: vhs Wiesbaden, HLZ
- 29.09.2007 „Nationale Migrations- und Integrationspolitik .- regionale Erfahrungen und Erfolge“, Tagung, Darmstadt. Veranstalter: agah, HLZ
- 03.11.2007 „Integrationsgipfel: Wie weiter in der Migrations- und Integrationspolitik?“, Tagung, Usingen. Veranstalter: agah, HLZ
- 26.02.2007 „Integrationskonzept Rüsselsheim“, öffentliche Diskussion, Rüsselsheim. Veranstalter: AB Rüsselsheim

- 29.03.2007 „Bleiben sie Fremde unter uns? Integrationsdebatte zwischen Stammtisch und Teestube“, Veranstaltung, Taunusstein. Veranstalter: Politisches Forum Taunusstein; Eine sozialdemokratische Initiative
- 28.04.2007 „Integration – ein lebenslanger Prozess“, 1. Integrations-Kongress, Bad Nauheim. Veranstalter: Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e.V.
- 19.06.2007 „Multikulti – Wie geht das? – Integration in der Einwanderungsgesellschaft“, Bildungsurlaubsveranstaltung, Frankfurt. Veranstalter: Arbeit und Leben Hessen
- 30.06.2007 „Migration in Europa – unsere Zukunft gemeinsam gestalten“, Kongress, Rüsselsheim. Veranstalter: Europa Union Hessen und Groß-Gerau
- 12.10.2007 „Zukunftsfähige Integrationspolitik in Hessen“, Fachtagung, Frankfurt. Veranstalter: SPD-Hessen Süd
- 16.05.2008 „Strategien erfolgreicher kommunaler Migrationspolitik“, Veranstaltung, Frankfurt. Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung
- 27.05.2008 „Zivilgesellschaft braucht Kulturvermittler/innen“, Fachtagung, Frankfurt. Veranstalter: Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
- 19.06.2008 „Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration im Kontext europäischer Staaten und europäischer Politik“, Mainz. Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
- 05.04.2008 „Wie kann Integration gelingen?“, Informationsveranstaltung, Dieburg. Veranstalter: Jusos Hessen-Süd
- 30.05.2008 „Identität und Integration – eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft unseres Landes“, Veranstaltung, Kleinlinden. Veranstalter: CDU

- 18.09.2008 Migration im Hintergrund - Integration im Vordergrund“, Wiesbaden. Veranstalter: SPD-Landtagsfraktion
- 25.09.2008 „Europa im Dialog - Vom Zusammenleben der Kulturen zu der Kultur des Zusammenlebens“, Dietzenbach. Veranstalter: Der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes bei Bund, Europäische Kommission, Europe Direct Relais Rhein-Main und Darmstadt
- 24.11.2008 Podiumsdiskussion zu Integration und Zuwanderung, Dieburg. Veranstalter: JU Dieburg
- 09.12.2008 „Kommunale Integrationspolitik“, Podiumsdiskussion, Heidelberg. Veranstalter: GAL Heidelberg
- 16.05.2009 „Wir lieben Kelsterbach-Miteinander-Untereinander-Kelsterbacher“, Hauptveranstaltung der Interkulturellen Woche, Kelsterbach. Veranstalter: Ausländerbeirat Kelsterbach und Magistrat der Stadt Kelsterbach
- 02.9.2009 Veranstaltung, „Welchen Beitrag kann die Politik zum friedlichen Zusammenleben in Deutschland leisten?“, Gesprächsreihe „Main Deutschland“ mit Herrn Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa mit anschließenden gemeinsamen Fastenbrechen, Offenbach. Veranstalter: World Media Group AG
- 14.9.2009 Hessische Integrationskonferenz, Wiesbaden. Veranstalter: Herr Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa
- 15.9.2009 Diskussionsveranstaltung, „Integration - Teilhabe und Akzeptanz“ Liberale Koordinaten für eine zukunftsfähige Politik, Wiesbaden. Veranstalter: FDP Wiesbaden

### **3.1.1.2 agah-Aktionsprogramm „Integration“**

Im Vorfeld der Landtagswahl entschied der agah-Vorstand erstmals in der Geschichte der agah, sich mit einem umfassenden Forderungskatalog zur künftigen Integrationspolitik des Landes zu Wort zu melden (vergleiche dazu Kap. 3.2.2.1). Es entstand so eine Art Grundsatzprogramm, das erstmals am 4.1.2008 mit einer Pressekonferenz veröffentlicht wurde und seither - vom Plenum der agah bestätigt - fortgeschrieben wird.

Wesentliche Teile des Programms sind den Themen dieses Berichts zugeordnet. Die komplette Fassung ist aus Gründen der Lesbarkeit erst am Ende dieses Berichts dokumentiert.

Das Programm wurde Anfang 2008 der Presse vorgestellt und den Parteien im Vorfeld der Landtagswahl zugeleitet. Zudem stand es im Mittelpunkt der Gespräche, die mit den Fraktionen im Hessischen Landtag und der Landesregierung in den nächsten Monaten geführt wurden (vergleiche Kapitel 4.4, 4.5 und 5.1).

Auch einigen Beiräten wurde das Programm in der Folgezeit vorgestellt und mit ihnen diskutiert, so am 18.08.2008 in Hattersheim und am 18.11.2008 beim Ausländerbeirat der Stadt Gießen.

### **3.1.1.3 10-Punkte-Programm**

In einem Gespräch mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Koch am 23.06.2008, in dem ebenfalls das agah-Aktionsprogramm vorgestellt wurde, resultierte die Vereinbarung daraus einen gemeinsamen, zwischen Landesregierung und agah konsensfähigen 10-Punkte Aktionsplan mit Hilfe einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu erarbeiten und in einem Folgegespräch mit dem Ministerpräsidenten abzustimmen.

Die interministerielle Arbeitsgruppe, die sich neben Vertreter/innen der agah aus Mitarbeiter/innen der Staatskanzlei, des Innenministeriums, des Kultusministeriums und des Sozialministeriums bestand, tagte insgesamt vier Mal am 14.08.2008, 15.09.2008, 01.10.2008 und 26.01.2009. Im Rahmen dieser Gespräche wurden zwischen agah und Landesverwaltung konsensfähige Maßnahmen herausgearbeitet,

priorisiert und konkretisiert:

Die Kurzfassung der Ergebnisse wird nachfolgend dokumentiert:

## **1. Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe**

Maßnahme:	Informations- und Förderkampagne
Zielgruppen:	ausgewählte Ethnien/Frauen, Jugendliche, Senioren und „deutsche“ Vereine
Inhalt:	Information über Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe und des bürgerschaftlichen Engagements und Motivation die Partizipationsbereitschaft zu steigern
Umsetzung:	Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Plakate, Veranstaltungen, Internet), Projektförderung, Fortbildung, Vernetzung
Dauer:	24 Monate

## **2. Gleichstellung und Nichtdiskriminierung**

Maßnahme:	Öffentlichkeitskampagne- und Förderkampagne
Zielgruppen:	Bevölkerung in Hessen, wichtige Verbände und Verwaltungen
Inhalt:	Abbau von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie und für Vielfalt, Steigerung der Zivilcourage. Sensibilisierung und Entwicklung positiver Vorbilder in Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen
Umsetzung:	Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakate, Spots, Internet, Veranstaltungen), Projektförderung, Fortbildung, Vernetzung, Preis, Einbindung prominenter „Botschafter“
Dauer:	12-24 Monate

## **3. Diversity Management**

Maßnahme:	Pilotprojekt zur Einführung eines Diversity-Management-Konzeptes in den hessischen Landesbehörden.
Zielgruppen:	Mitarbeiter/innen der Hessischen Polizei und eines Landesministeriums
Inhalt:	siehe Maßnahme
Umsetzung:	Entwicklung eines Diversity-Leitbilds und verbindliche Festschreibung als Behördenziel bzw. Politikziel, Erarbeitung und Umsetzung eines „passendes“ Konzeptes mit Handlungsfeldern, Personalentwicklung, Evaluation
Dauer:	Erprobungsphase 36 Monate

## **4. Interkulturelle Öffnung**

Maßnahme:	Einführung und Förderung des Interkulturellen Qualitätsmanagements
Zielgruppen:	Beratungsdienste und kommunale öffentliche Verwaltung
Inhalt:	interkulturelle Öffnung von Beratungsdiensten und kommunaler Verwaltung, Optimierung der Dienstleistungsqualität im Rahmen des Konzeptes „Land und Kommunen - für eine gelungene Integration“, Abbau von Benachteiligungen und Ausgrenzungen, Förderung der Integration
Umsetzung:	Informationsveranstaltungen, Initiierung und Begleitung der kommunalen Projekte, Schulungen, überregionale Plattform, wissenschaftliche Begleitung

Dauer: zunächst 24 Monate

### **5. Schule**

Maßnahme: Kampagne zur Werbung von Abiturienten/-innen mit Migrationshintergrund für das Lehramtsstudium

Zielgruppen: Schüler/innen mit Hochschulzugangsberechtigung (Abitur) und Migrationshintergrund. Studienabbrecher/Studienfachwechsler. Studienberaterinnen und Studienberater

Inhalt: Information und Motivation, das Lehramtsstudium aufzunehmen

Umsetzung: Veranstaltungen, Plakate, Flyer, Infobriefe an Schulabgänger ...

Dauer: 24 Monate

### **6. Arbeitsmarkt/ Bildung**

Maßnahme: Projekt zur Verbesserung von beruflichen Zukunftschancen von (schwer vermittelbaren) Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Zielgruppen: Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Ausbildungsplatzangebot

Inhalt: Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Zukunftschancen

Umsetzung: Sensibilisierung Personalverantwortlicher für das Thema „unbewusste Vorbehalte“, Exemplarische Prüfung eines oder mehrerer Auswahltests auf kulturelle Neutralität, Einbeziehung der Eltern

Dauer: 12 Monate

### **7. Sprache**

Maßnahme: Ausbau der Deutsch-Sprachförderung

Zielgruppen: Kinder, Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund und/ oder Deutschförderbedarf.

Inhalt: flächendeckende Sprachförderung in den Kindertagesstätten und Schulen

Umsetzung: Ausweitung entsprechender Angebote, Evaluation aller Angebote hinsichtlich Akzeptanz und Verbesserungsbedarf, Infomaterialien

Dauer: 24 Monate

### **8. Sprache**

Maßnahme: Kampagne zur Bedeutung von Sprache und Mehrsprachigkeit

Zielgruppen: Einwohnerinnen und Einwohner Hessens im Alter ab 16 Jahren

Inhalt: Öffentlichkeitskampagne zur Information und Sensibilisierung

Umsetzung: Informationskampagne, Hessischer Tag der Sprachen“, Aktionen/Veranstaltung zur Buchmesse und in Kooperation mit „Leseland Hessen“

Dauer: 24 Monate

### **9. Sprache**

Maßnahme: Ausbau von niedrigschwelligen Sprachangeboten

Zielgruppen:	Erwachsene Personen mit Migrationshintergrund und Deutschförderbedarf ohne „BAMF-Kurs-Berechtigung“
Inhalt:	Zusätzliche Sprachkurse und Entwicklung von Anreizen und Strukturen, die von den Betroffenen akzeptiert und wahrgenommen werden
Umsetzung:	Ausweitung der Angebote, Freistellungsregelungen, Zertifizierung, Informations- und Mobilisierungskampagne, Informations- und Netzwerkplattform
Dauer:	24 Monate

### **10. Arbeitsmarkt**

Maßnahme:	Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen
Zielgruppen:	Migrant/innen mit einem ausländischen Studien-, Bildungs- oder Berufsabschluss, der in Deutschland wegen fehlender Teilleistungen nicht anerkannt werden kann
Inhalt:	Anerkennung der im Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse, Prüfung, ob auch Teilanerkennungen möglich sind, Initiative zur Aufbauqualifikation hin zu deutschen Abschlüssen
Umsetzung:	Individuelle Beratung, Handreichung, Modulangebote, Telelernen, E-Learning, Evaluation
Dauer:	24 Monate

### **11. Einbürgerung**

Maßnahme:	Aktion für Einbürgerung
Zielgruppen:	Alle ausländischen Staatsangehörigen, die die Voraussetzungen erfüllen
Inhalt:	Ermunterung zur Einbürgerung
Umsetzung:	Öffentlichkeitsarbeit (Plakate, Flyer, Infotelefon, Mailing-Aktionen, Spots) Veranstaltungen, Evaluation.
Dauer:	12 Monate

Das vereinbarte Folgegespräch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Koch fand am 13. März 2009 in Anwesenheit von Integrationsminister Hahn und Sozialminister Banzer statt. Aufgrund der mittlerweile stattgefundenen Landtagswahl und dem Neuzuschnitt der Ressorts wurde die agah zur weiteren Behandlung an den Integrationsministerium verwiesen. Mehrere Versuche, das Programm weiter voranzubringen, schlugen im Ergebnis fehl. Zuletzt im Oktober 2009 wurde der agah durch das Haus verdeutlicht, dass für eine Umsetzung keine Handlungsspielräume bestünden.

### **3.1.1.4 Integrationskonzepte**

#### **3.1.1.4.1 Nationaler Integrationsplan**

Im Sommer 2007 wurde der Nationale Integrationsplan von der Bundesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt. An der Erstellung waren neben der Bundesregierung die Ländern, die kommunalen Spitzenverbände, Vertreter/innen von Bundesorganisationen, Medien, Wissenschaftler und Migrantenorganisationen beteiligt.

Ziel des Planes war, die nationale Integrationspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Alle Akteure, Staat und Vertreter der Gesellschaft sowie Migrantenvertreter/innen, sollten sich auf eine nachhaltige Integrationspolitik verständigen, Maßnahmen bündeln und damit Synergieeffekte erreichen. Insgesamt bestand der Plan aus mehr als 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der Beteiligten.

Auch die agah beschäftigte sich eingehend und mehrfach auf Vorstandssitzungen und im Rahmen von Plenarsitzungen mit dem Nationalen Integrationsplan.

Positiv wurde dabei bewertet, dass erstmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland damit nicht nur Integration zur Chefsache geworden ist, sondern eingestanden wurde, dass es nicht ausreicht, nur Forderungen an die Migranten zu stellen. Wer erfolgreiche Integration will, muss auch selbst etwas dazu beitragen. Auch Staat und Gesellschaft müssen bereit sein, in diesen Prozess zu investieren. Anerkennung fand auch der übergreifende Ansatz des Dialogs von staatlicher Ebene und gesellschaftlichen Organisationen einschließlich der Migrantenvertreter/innen.

Kritisch hingegen wurde die Tatsache bewertet, dass im Plan eine Reihe von dringenden gesellschaftlichen Fragen zu kurz kamen. Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hätten deutlich stärker akzentuiert werden können. Auch die Fragen der rechtlichen Gleichstellung und der politischen Teilhabe erfuhren in diesem Plan eher einen untergeordneten Stellenwert. Bedauerlich zudem, dass fast zeitgleich zur Veröffentlichung des Integrationsplans ein Bündel von Verschärfungen im Ausländerrecht verabschiedet wurde.

Mit Hilfe eines Musterantrages zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans in den Kommunen, der an die Mitglieder der agah



versendet wurde, suchte die agah die Diskussion über den Plan in den kommunalen Ausländerbeiräten und Kommunen zu stärken.

Zudem trugen Vertreter/innen mit Referaten oder als Podiumsteilnehmer/innen zur Positionierung zum Plan bei. So am

- 28.09.2007 „Was bringt uns der nationale Integrationsplan“, Festvortrag und Empfang anlässlich der Interkulturellen Wochen 2007, Mühlheim.  
Veranstalter: AB Mühlheim
- 12.01.2008 „Was bringt uns der nationale Integrationsplan“, Festvortrag anlässlich des Neujahrsempfanges des Ausländerbeirates Karben, Karben.  
Veranstalter: AB Karben
- 23.9.2009 Tagung „Umsetzung des Nationalen Integrationsplans“, Darmstadt.  
Veranstalter: Landkreis Darmstadt Dieburg

Nicht zuletzt trug die agah mit einer Reihe von Selbstverpflichtungen im Rahmen der Selbstverpflichtungen des Bundesausländerbeirates zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans, die Ende 2007 veröffentlicht wurden, bei:

### **Selbstverpflichtungen des Bundesausländerbeirates zum Nationalen Integrationsplan**

1. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden die Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten verstärken.
2. Der Bundesausländerbeirat wird die Fortentwicklung von Migrantenorganisationen weiter unterstützen, um ihre Rolle als Partner und Akteur im Integrationsprozess zu intensivieren. Die bisherigen Erfahrungen unserer Landesverbände in Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Bayern im Bereich des Empowerment von Migrantenorganisationen sollen in andere Bundesländer transferiert werden.
3. Der Bundesausländerbeirat wird durch seine Mitwirkung im Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (BBE) den Austausch zwischen Institutionen, Verbänden und Migrantenorganisationen weiterhin fördern und den Transfer von Modellen und Erfahrungen zur Stärkung der Migrantenorganisationen unterstützen.
4. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden die

Angebote an Migrantinnen und Migranten zur politischen Bildung erweitern und mit geeigneten Maßnahmen die politische Partizipation von Zugewanderten fördern.

5. Der Bundesausländerbeirat wird sein Angebot erweitern, an Fachgremien mitzuarbeiten. Die Landesverbände und die kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte werden angehalten, entsprechendes zu tun.

6. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden Maßnahmen entfalten, um die kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte als Anlaufstellen für Diskriminierungen nach dem AGG zu entwickeln. Vorort sollen Netzwerke und Kooperationen mit anderen Anlaufstellen aufgebaut werden sowie die Zusammenarbeit mit der Nationalen Antidiskriminierungsstelle intensiviert werden.

7. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden seine Aktivitäten erweitern, um die Sensibilisierung von Mehrheitsgesellschaft und ethnischen Communities für die Grundwerte des demokratischen Verfassungsstaates zu unterstützen sowie zur Entwicklung einer fairen und demokratischen Diskussionskultur.

8. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden die kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte darin unterstützen, die im Nationalen Integrationsplan formulierten Selbstverpflichtungen der Kommunalen Spitzenverbände in den Kommunen umzusetzen.

9. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden die Themen Diversity und Interkulturelle Öffnung verstärken und deren Umsetzung durch Sensibilisierung und Unterstützung von Unternehmen, Organisationen und Kommunen unterstützen.

10. Der Bundesausländerbeirat wird in Abstimmung mit seinen Landesverbänden verstärkte Aktivitäten entfalten, um den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Insbesondere sollen über kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte die Elternarbeit verstärkt und entsprechende Netzwerke gebildet werden.

11. Der Bundesausländerbeirat wird seine Aktivitäten im Bereich Migration und Arbeitsmarkt insbesondere durch seine Mitwirkung am bundesweiten Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ) verstärken.

Im November 2008 wurde die 1. Zwischenbilanz zur Umsetzung der Selbstverpflichtungen vorgelegt.

### **3.1.1.4.2 Konzept der FDP-Landtagsfraktion**

Im Frühsommer 2007 stellte die FDP-Landtagsfraktion ihr Arbeitspapier „Ein liberales Integrationskonzept für Hessen“ der agah mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung. Der Vorstand der agah

beschäftigte sich mehrfach im Rahmen seiner Sitzung mit dessen Inhalten und legte eine umfangreiche Stellungnahme mit einer Vielzahl von Änderungs- und Ergänzungswünschen vor, die dann im Rahmen von Gesprächen mit Vertretern der Fraktion, u.a. am 03. September 2007, ausführlich diskutiert wurden.

### **3.1.1.4.3 „Land und Kommunen - Hand in Hand für eine gute Integration“**

Bereits im Jahr 2004 hatte das Hessische Sozialministerium eine Projektgruppe aus Vertretern des Ministeriums und der kommunalen Spitzenverbände eingesetzt, deren Auftrag es war, ein Konzept zu entwerfen, das die Integrationsaufgaben der nächsten Jahre beschreibt und Handlungsmöglichkeiten benennt. Die Bitte der agah, als Dachverband der kommunalen Ausländervertretungen in dieser Projektgruppe mitzuwirken, kam das Sozialministerium unter Hinweis auf den andernfalls zu erweiternden Teilnehmerkreis nicht nach.

Unter dem Titel „Land und Kommunen - Hand in Hand für eine gute Integration“ wurde das Konzept Ende 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt. Im März 2006 bekam die agah wie auch die hessischen Ausländerbeiräte dann im Rahmen einer Befragung der hessischen Kommunen und der im Bereich der Integration tätigen Institutionen Gelegenheit, Stellung zu nehmen und weitere Anregungen in das Rahmenkonzept einfließen zu lassen.

Das aktualisierte Konzept wurde am 23. März 2007 im Rahmen einer Veranstaltung der Landesregierung in Wiesbaden präsentiert, an der auch Vertreter der agah teilnahmen. Im Rahmen des agah-Plenums am 8. September 2007 in Kassel wurde das Konzept den Delegierten der Ausländerbeiräte präsentiert.

Eine weitere Veranstaltung des Sozialministeriums erfolgte am 11. April 2008 mit einer Tagung in Wetzlar, in deren Mittelpunkt Monitoring als Planungsinstrument bedarfsgerechter Integrationsangebote stand und auch an der Vertreter des Vorstandes teilnahmen.

Nachfolgende Aktivitäten des Landes zum Konzept sind der agah nicht bekannt.

#### **3.1.1.4 Konzept des Landkreises Groß-Gerau**

Im Februar 2008 erhielt die agah Kenntnis des im Januar 2008 vom Kreisausschuss beschlossenen Integrationskonzepts der Kreisverwaltung mit der Bitte um Kommentierung. Der Vorstand diskutierte das in vielen Punkten sehr kritikwürdige Konzept mehrfach und formulierte die Kritikpunkte in einer Stellungnahme. Ob zwischenzeitlich Änderungen erfolgten ist nicht dokumentiert.

#### **3.1.1.5 Modellregionen „Integration“**

Nach der Landtagswahl 2009 initiierte das neu geschaffene Integrationsministerium als eines seiner ersten und herausragenden Maßnahmen das Programm „Modellregionen Integration“. Ziele des Programmes sind

- eine ganzheitliche Strategie für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik zu entwickeln, die beispielgebend für andere sein kann
- die Erarbeitung eines aussagekräftigen Integrationsmonitorings
- die Vernetzung bestehender Anstrengungen des Landes, des Bundes und der Region - Schaffung von Transparenz
- die Vernetzung von regionalen Akteuren und Erarbeitung gemeinsamer Leitbilder
- die Initiierung eines gesellschaftlichen Diskurses über Integration als gemeinschaftlichen Handlungsweg
- sowie Ableitungen neuer Maßnahmen und struktureller Veränderungen

Für das Programm bewarben sich 17 Städte und Kreise von denen ebenfalls noch 2009 sechs ausgewählt wurden. Das Land stellt zur Umsetzung insgesamt jährlich 1,35 Millionen Euro zur Verfügung. Projektzeitraum ist 2010 bis 2013.

Staatssekretär Dr. Kriszeleit stellte am 28.11.2009 das Projekt im Rahmen einer Plenarsitzung der agah vor.

### **3.1.1.6 Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung**

Der Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung besteht seit April 2000 und geht auf die Koalitionsvereinbarung der damaligen Hessischen Landesregierung aus dem Jahr 1999 zurück.

Aufgabe des Beirates ist, die Landesregierung in Fragen der Integration zu beraten, Handlungsfelder zu definieren und praktikable Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten.

Unter Vorsitz der Hessischen Sozialministerin, seit 2009 des Integrationsministers, setzt er sich aus berufenen Einzelpersonen und Organisationen zusammen, die verschiedene gesellschaftliche Bereiche, nämlich die Bereiche Arbeitswelt, Religion, Wissenschaft, Bildung und Ausbildung, soziales Leben, Kultur, Medien und die kommunale Ebene vertreten. Zudem sind die Fraktionen des Hessischen Landtags vertreten.

Für die agah arbeiteten bis zur Landtagswahl 2008 drei Personen (Yilmaz Memisoglu, Ulrike Foraci, Ömer Sekmen) im Beirat mit, die auf Vorschlag von der Ministerin ernannt wurden. Nach der Landtagswahl 2008 war die agah nur noch mit 2 Vertreter/innen (Yilmaz Memisoglu - ab 2009 Corrado Di Benedetto - und Ulrike Foraci) im Beirat vertreten. Zusätzlich arbeiteten Mitglieder des Vorstandes in den Projektgruppen des Integrationsbeirates regelmäßig mit.

Die Vertreter der agah nahmen an allen Sitzungen des Beirates regelmäßig teil:

- 07.02.2006
- 04.04.2006
- 20.09.2006
- 30.11.2006
- 22.02.2007
- 09.05.2007
- 23.08.2007
- 01.11.2007
- 13.08.2008
- 05.11.2008
- 14.07.2009

- 23.11.2009

Bedingt durch die Landtagswahlen 2008 und 2009 tagte der Beirat in diesen Jahren jeweils nur zweimal.

Themenschwerpunkte der Sitzungen waren:

- Änderung des Einbürgerungsverfahrens, Leitfaden
- Projekt „Land und Kommunen - Hand in Hand für eine gute Integration“
- Bleiberechtsregelungen
- Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union
- Integrationskonferenz
- Modellregionen Integration
- Islamischer Religionsunterricht

Zudem führte der Beirat Gespräche mit Innenminister Bouffier zum Einbürgerungsleitfaden (04.04.2006), Kultusministerin Wolff zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts (30.11.2006), Ministerpräsident Koch (22.02.2007) und Staatsministerin Prof. Dr. Böhmer zum Nationalen Integrationsplan (09.05.2007).

Im Zeitraum 2006 bis 2009 verabschiedete der Beirat drei Erklärungen:

- **Erklärung zur verstärkten Förderung der Sprachkompetenz (07.02.2006)**

Der Beirat forderte zusätzliche Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der Sprachkompetenz ein:

- Einrichtung von verpflichtenden Förderkursen im Fach Deutsch (anzusiedeln im Wahlpflichtbereich) in den Bildungsgängen, die zum mittleren Abschluss führen. Aufbau eines Angebotes an Förderkursen im Fach Deutsch in der Berufsschule
- Einrichtung von Förderkursen im Fach Deutsch (z.B. Stärkung der Ausdrucksfähigkeit im schriftlichen Bereich sowie des Literaturverständnisses) im Bereich des zweiten

- Bildungsweges (Abendgymnasien, Hessenkolleg etc.).
- Erweiterung des Fremdsprachenangebots (z. B. Türkisch).
- Zertifizierung der durch die Heimatsprache vorhandenen Fremdsprachenkenntnisse (im Rahmen des Europäischen Referenzrahmens, z.B. Sprachenzertifikat Niveau B 1).
- **Erklärung zur Stärkung der Integrationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen durch eine umfassende Bildungsberatung (20.09.2006)**

Darin fordert der Integrationsbeirat die Hessische Landesregierung auf, zeitnah den Ausbau einer systematischen und flächen-deckenden Information für Eltern mit Migrationshintergrund voranzutreiben. Im Bereich der Schullaufbahnberatung bedürfe es zusätzlich zu einer verstärkten Förderung im Bereich des Übertritts mehr Bildungswerbung unter Migrantenfamilien. Die Möglichkeit einer denkbaren Pflichtberatung vordem möglichen Übertritt auf weiterführende Schulen sollte in die Prüfung mit einbezogen werden.

Für die Ausbildungsberatung mahnte der Beirat eine intensive Aufklärungsarbeit ist auch bei den Eltern an, die immer noch einen großen Einfluss auf die Berufswahlentscheidung ihrer Kinder haben.

Insgesamt sei eine verstärkte Aufklärungsarbeit über den Unterrichts- und Erziehungsauftrag der Schule einschließlich der dort vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten gerade bei der Elternschaft notwendig.

Der Beirat regte an, die für den Bereich Sprachförderung gelungene Informationskampagne umgehend auch für das Aufgabenfeld Bildungsberatung auszudehnen; auch die Einrichtung bzw. Ausweitung regionaler Beratungsnetzwerke durch den Einsatz von Fachberatern (z.B. aus dem Bereich der Lehrkräfte für den Unterricht in den Herkunftssprachen) und Integrationslotsen (z.B. ehrenamtliche Mitarbeiter der Migrantenvereine) sollte forciert werden.

- **Erklärung zur Verbesserung der beruflichen Integration junger Frauen mit Migrationshintergrund (23.08.2007)**

Darin begrüßt der Beirat die bestehenden Förderprogramme zur

beruflichen Integration junger Migrantinnen. Dennoch bestehe weiterhin gerade für junge Frauen mit Migrationshintergrund Handlungsbedarf.

Der Integrationsbeirat empfiehlt daher der Landesregierung zur Verbesserung der Situation folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Schulsozialarbeit. Verstärkter Einsatz von Kräften mit besonderer interkultureller Kompetenz an den Hessischen Schulen. Intensivierung interkultureller Fortbildung für Lehrkräfte.
- Verstärkte Elternarbeit zur Einbindung in den Berufsfindungsprozess.
- Verstärkte Unterstützung beim Nachholen von Schulabschlüssen.
- Berufsorientierende und ausbildungsvorbereitende Maßnahmen speziell für Migrantinnen (einschl. intensiver Sprachförderung).
- Ausweitung der existierenden Förderprogramme (Ausbildung in der Migration etc.).
- Intensive Förderung zum Erreichen von Ausbildungsabschlüssen durch begleitende Hilfen.
- Weiterentwicklung der Kooperation mit Betrieben und Ausweitung der außerbetrieblichen Ausbildung (stärkere Ausrichtung auf besser bezahlte, zukunftsträchtige Berufe).
- Intensive Nutzung der neuen Bleiberechtsregelungen um Perspektiven für junge ausländische Frauen aufzuzeigen.
- Öffnung der Fördermaßnahmen für geduldete junge Frauen um deren Fähigkeiten und Kompetenzen auszubilden.

Vorbereitet und abgestimmt wurden die Erklärungen in Projektgruppen zu einzelnen Themenbereichen. Bis Ende 2007 wurden die seit langem bestehende Projektgruppe „Schule“ und die 2005 erstmals ins Leben gerufene Projektgruppe „Frauen in der Integration“ fortgeführt. Nach den Landtagswahlen 2009 wurde Seitens des zuständigen Ministeriums beschlossen, keine Projektgruppen mehr einzurichten.

Die bewährte Gruppe, die sich mit dem Thema „Schule“ seit vielen Jahren beschäftigte und auf deren Arbeit ein großer Teil der Erklärungen des Beirates beruhte, wurde noch bis Ende 2007 fortgeführt



(Sitzungen am 19.01.2006, 11.05.2006, 05.09.2006, 07.11.2006, 06.02.2007, 23.04.2007 und 17.09.2007)

### **Projektgruppe „Schule“**

Die Gruppe tagte am 19.01.2006, 11.05.2006, 05.09.2006, 07.11.2006, 06.02.2007, 23.04.2007 und 17.09.2007. Ständiger Vertreter der agah war Yilmaz Memisoglu.

Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzungen waren Ganztags schulbetreuung, G8, Steigerung des Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den höheren Bildungsgängen. Die Projektgruppe bereitete zudem die beiden, in den Jahren 2006 verabschiedeten Erklärungen des Integrationsbeirates vor.

### **Projektgruppe „Frauen in der Integration“**

Die Gruppe tagte im Berichtszeitraum 10mal (02.02.2006, 27.04.2006, 06.06.2006, 11.09.2006, 02.11.2006, 15.02.2007, 26.01.2007, 29.03.2007, 03.07.2007 und 25.09.2007). Jetty Sanbandar und Ulrike Foraci arbeiteten regelmäßig in der Gruppe mit.

In den Sitzungen wurden den Teilnehmer/innen u.a. die Integrationsmaßnahmen des Hessischen Sozialministeriums für Frauen mit Migrationshintergrund dargestellt und die Fachtagung „Frauen in der Integration ... und die Menschenrechte?“, die am 28. September 2006 in Wiesbaden stattfand, vorbereitet. Weiterhin informierte sich die Gruppe über das Thema „Ausbildung von jungen Frauen mit Migrationshintergrund“ und bereitet dazu die im Jahr 2007 verabschiedete Erklärung (vgl. oben) vor. In der vorletzten Sitzung wurde vereinbart, das Thema „Ältere Migrantinnen“ zu erweitern und sich grundsätzlich der Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund zu widmen. Die letzte Sitzung der Gruppe fand dann im September 2007 verbunden mit einer Besichtigung im Victor-Gollancz-Haus in Frankfurt statt.

### **3.1.1.7 Integrationspreis der Hessischen Landesregierung**

Erstmals im Jahr 2004 wurde von der Hessischen Landesregierung ein Integrationspreis ausgelobt, der zum Ziel hat, nachhaltige Maßnahmen anzuerkennen und zu würdigen, die dem Abbau von Schranken und Hemmnissen im Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Bevölkerung erfolgreich dienen. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert und wird jährlich verliehen. Über die Verleihung des Integrationspreises entscheidet laut Statut eine unabhängige Jury, die vom Hessischen Ministerpräsidenten berufen wird.

Der Jury gehörte seit Einrichtung des Preises bis einschließlich 2008 die Geschäftsführerin der agah an. Im Jahr 2009 entschied die Hessische Landesregierung eine Neubesetzung der Jury, die nunmehr aus Vertretern überregionaler und ausländischer Medien besteht.

#### **2006**

Jurysitzungen am 11.09.2006 und 21.09.2006  
Preisverleihung am 10.11.2006

#### **2007**

Jurysitzungen am 23.08.2007 und 31.08.2007  
Preisverleihung am 26.10.2007

#### **2008**

Jurysitzungen am 14.08.2008 und 21.08.2008  
Preisverleihung am 21.11.2008

An der Preisverleihung des Preises 13.11.2009 nahmen ebenfalls Vertreter/innen der agah teil.

### **3.1.1.8 Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ des Hessischen Landtags**

Im Jahr 2009 verständigten sich die Fraktionen im Hessischen Landtag auf Initiative der SPD-Fraktion eine Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ einzurichten, der u.a. 13 Abgeordnete angehören. Sie soll bis 2011 den Erkenntnisstand zur Integration aufarbeiten und einen Bericht zur Lebenssituation

von Zuwanderer/innen in Hessen vorlegen. Zudem soll sie Handlungsvorschläge für die Landespolitik erarbeiten.

Die agah begrüßte die Einrichtung der Kommission mit einer Presseinformation und formulierte die Erwartung, dass nunmehr weitgehend politisch tabuisierte Themen wie eine bessere politische Beteiligung der Migranten oder Antidiskriminierungsarbeit jetzt notwendige Beachtung finden. Vor allem soll eine Aufgabe der Kommission sein, konkrete Handlungsstrategien gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie zu entwickeln.

Parallel wurden mit Vertretern aller Fraktionen Gespräche geführt, um zu erreichen, dass ein Vertreter der agah Mitglied der Kommission wird. Im Ergebnis konnte jedoch nur erreicht werden, dass die agah als ständige Sachverständige an allen öffentlichen Sitzungen teilnehmen und eine Stellungnahme abgeben kann.

Die Vertretung der agah übernahm mit der Aufnahme der Arbeit der Kommission in 2010 der Vorsitzende Di Benedetto, die Stellvertretung Ulrike Bargon.

In der Plenarsitzung am 28. November 2009 wurden die Delegierten im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Landtagsfraktionen über Ziele, Planungen und Erwartungen der Enquetekommission informiert.

### **3.1.1.9 Sonstiges**

Beim Magistrat der Stadt Rüsselsheim wurde 2008 eine Facharbeitsgruppe Kommunale Serviceleistungen auf Grundlage des Rüsselsheimer Berichts zur Umsetzung des Integrationskonzepts eingerichtet. Der Bitte der örtlichen Integrationsbeauftragten, den Sachverstand der agah durch Mitarbeit in die AG einzubringen, kam die agah gerne nach.

Regelmäßig wird die agah zu Verleihungen örtlicher Integrationspreise geladen. Nach Möglichkeit nahmen Vertreter/innen der agah an diesen Veranstaltungen teil, so am

19.11.2007	„Integration durch gesellschaftliche Partizipation“, Ehrung von Dr. Yasar Bilgin, Wiesbaden. Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung
11.04.2008	„Hervorragende Leistungen im Bereich der Integration ausländischer Mitbürger/innen“, Preisverleihung, Offenbach. Veranstalter: Magistrat der Stadt Offenbach
14.05.2009	Preis für Integration 2009, Preisverleihung, Offenbach. Veranstalter: Stadt Offenbach
01.9.2009	Verleihung des Integrationspreises der Stadt Wiesbaden, Wiesbaden. Veranstalter: Stadt Wiesbaden
25.11.2009	Verleihung des Integrationspreises 2009 der Stadt Frankfurt, Frankfurt. Veranstalter: Stadt Frankfurt

### **3.1.2 Antidiskriminierungspolitik**

#### **3.1.2.1 Allgemein**

Beschwerden über diskriminierendes Verhalten erreichten die agah auch im Berichtszeitraum. Entgegen dem Vorjahresbericht ist für die Jahre 2006 bis 2009 wieder ein Ansteigen der Fälle zu verzeichnen. Dies betrifft sowohl die subtilen Formen der Diskriminierung und des Rassismus als auch offene Benachteiligung. Bemerkenswert ist zudem, dass die Sensibilität der Betroffenen als auch der Mut, Diskriminierungen offen zu benennen, spürbar gestiegen ist.

#### **3.1.2.2 Positionen der agah**

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Integration“ entwickelte die agah eine Reihe von Vorschlägen, wie diskriminierendem Verhalten und Rassismus entgegengewirkt werden kann. Diese Positionen wurde fast ausnahmslos in den politischen Gesprächen im Berichtszeitraum vorgetragen. Zudem wurde bemängelt, dass die Frage von Vorurteilen, Rassismus und Antidiskriminierung in der Integrationspolitik nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen.

Eine wirksame Antidiskriminierungsarbeit ist nach Auffassung der Agah ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Integrationsarbeit. Vorurteile, Benachteiligungen und Rassismus, aber auch Rechtsextremismus verhindern Integration. Sie schaden nicht nur den Betroffenen selbst, sondern letztlich auch dem Gemeinwesen. Wer Integration will, muss also alle Formen der Diskriminierung in Staat und Zivilgesellschaft bekämpfen.

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung getan. Es sind jedoch viele weitere Schritte nötig, um zu einer diskriminierungsfreien und -vorbeugenden Politik einerseits und einem vorurteilsfreien Zusammenleben der Menschen andererseits zu gelangen.

Die wesentlichen Vorschläge für eine bessere Antidiskriminierungs- und Antirassismuspoleitik sind:

- eine Überprüfung sämtlicher Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf den Gleichbehandlungsgrundsatz. Unterschiedliche Regelungen für Deutsche und Ausländer/innen anderer Staatsbürgerschaft sollten auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.
- die Verankerung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und Diskriminierungsverbots in hessischen Gesetzen. Dazu gehören zum Beispiel der gesamte Bildungsbereich (Hessisches Schulgesetz, Hessisches Hochschulgesetz, Hessisches Weiterbildungsgesetz), das Hessische Beamtengesetz, das Personalvertretungsrecht und das Medienrecht (Gesetz über den Hessischen Rundfunk, Hessisches Privatrundfunkgesetz, Hessisches Pressegesetz).
- eine, der EU-Richtlinie vergleichbare Regelung, die eine Viktimisierung vermeidet. Rechtliche Antidiskriminierungsregelungen werden nur dann genutzt, wenn das Opfer der Diskriminierung nicht Gefahr läuft, aufgrund einer Beschwerde oder Klage zusätzliche Benachteiligungen zu erfahren. Daher ist hier eine Regelung zu finden, die diese Viktimisierung verhindern kann.
- besonders entschiedenes Vorgehen gegen Beamte, Vertreter/innen der öffentlichen Gewalt und sonstige Staatsbedienstete, die gegen geltende Gleichbehandlungsgesetze verstoßen. Rechtliche Vorschriften zur Antidiskriminierung können nur dann wirksam sein, wenn sie entschlossen durchgesetzt werden. Auch nützt es nichts, wenn die Strafen unangemessen niedrig ausfallen. Schadensersatzleistungen müssen abschreckend sein, um möglicher

Diskriminierung vorzubeugen. Ein Recht auf Schmerzensgeld sollte nicht eingeschränkt werden.

- das Einrichten einer landesweiten unabhängigen Antidiskriminierungsstelle bei der agah und einer Förderung eines unterstützenden Netzwerks aus bestehenden lokalen Vereinen und Interessenverbänden. Um Regelungen zur Gleichstellung effektiv durchsetzen zu können ist mindestens eine landesweite unabhängige Antidiskriminierungsstelle nötig. Die Aufgabe dieser Einrichtung soll es sein, Opfer von Diskriminierung zu unterstützen, Diskriminierungen zu dokumentieren, Untersuchungen zu Diskriminierung durchzuführen, Politikberatung sowie Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Diese Anlaufstelle soll von einem Netzwerk aus örtlichen Antidiskriminierungsstellen unterstützt werden, das auf bereits bestehenden Vereinen und Interessenverbänden aufbaut und durch Landesmittel gefördert wird.
- die Einrichtung eines „Forums gegen Rassismus“. Nach dem Vorbild der Bundesregierung wird ein Forum gegen Rassismus als Plattform für den Erfahrungsaustausch und den Dialog der Vertreter von NGO's und staatlichen Stellen über alle die Bekämpfung des Rassismus betreffenden Fragen eingerichtet.
- ein auf Hessen bezogenes Aktionsprogramm gegen Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Dieses Programm soll beispielsweise eine Öffentlichkeitskampagne, Förderprogramme, Schulungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung der Vielfalt sowie eine Kampagne zur Steigerung der Zivilcourage beinhalten. Zusätzlich sollen Weiterbildungsmaßnahmen für in bestimmten (Berufs-) Bereichen unterrepräsentierte Gruppen eingerichtet werden. Nicht zuletzt sollen u. a. durch eine Visualisierung der teils legalen, aber illegitimen, institutionellen und gesellschaftlichen Diskriminierung von ethnischen Minderheiten sensibilisiert und die zivilgesellschaftlichen Strukturen gegen Rassismus und Rechtsextremismus gestärkt werden.
- eine Informationskampagne über rechtliche Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung. Viele (potenzielle) Opfer von Diskriminierung und Rassismus, aber auch (potenzielle) Täter wissen kaum etwas über die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung. Die Rechtsklarheit wird zudem durch die Unübersichtlichkeit der vorhandenen Regelungen in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt. Eine Kampagne soll zu mehr Transparenz und Information dazu beitragen.

- die Einrichtung eines Hilfsfonds für Opfer von Diskriminierung und rassistischer Gewalt. Damit wird sichergestellt, dass die notwendigen Mittel für Opfer zur Verfügung stehen, um bestehende Rechtsmittel auszuschöpfen oder finanzielle Nachteile, die nicht durch das Opferentschädigungsgesetz gedeckt sind, zu vermeiden.
- eine Prüfung, inwieweit das Nichteingreifen bei rassistisch motivierten Handlungen und Beleidigungen unter Strafe gestellt werden kann. Rassismus beschränkt sich nicht auf gewalttätige Übergriffe und offene Diskriminierungen. Oft sind die Ausdrucksformen subtiler Form, bilden aber einen Nährboden für extreme Auswüchse. Dieses Problem reicht bis weit in die so genannte „Mitte“ der deutschen Gesellschaft.
- die Initiierung einer gemeinschaftlichen Selbstverpflichtung von Landesregierung, Parteien, Verbänden, Institutionen und Medien, Migration und Integration sachorientiert zu thematisieren und keine Stereotype zu bedienen, die Rassismus fördern. Rassismus und Antisemitismus sollen nicht nur auf ein rechtsextremes Phänomen reduziert werden, sondern auch indirektere und strukturelle Formen sind zu thematisieren. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen nicht ausschließlich als Randerscheinung von „pathologisch-kriminellen Rändern der Gesellschaft“ behandelt werden.

### **3.1.2.3 Allgemeines Gleichstellungsgesetz**

Ein wichtiges Thema, das die agah immer wieder beschäftigte, war die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft.

Diese Richtlinie - so die Vorgabe der EU - war auf nationaler Ebene bis Juli 2003 zu transformieren. Sie enthält umfassende Anforderungen an ein wirksames Antidiskriminierungsrecht und verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU, einen Mindeststandard an rechtlichen Regelungen einzuführen.

In den Vorjahresberichten wurde bereits ausgeführt, dass die ausstehende Umsetzung der Richtlinie selbst Ende 2005 noch nicht abgeschlossen war. Erst im Sommer 2006 wurde dass die o.g. Richtlinie im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz dann umgesetzt.

Die agah suchte im Rahmen von Fortbildungen und Veranstaltungen die Mitgliedsbeiräte mit den Inhalten vertraut zu machen. So wurde am 2. November eine Fortbildungsveranstaltung in Mainz besucht. Am 24.02.2007 bot die agah in Zusammenarbeit mit der HLZ eine eigene Fortbildungstagung in Lohfelden an.

Gleich mehrfach wurde das Gesetz in den Mittelpunkt von agah-Plenarsitzungen gestellt. Bereits kurz vor der Veranschiedung des Gesetzes diskutierten am 03. Juni 2006 Vertreter/innen der Fraktionen im Hessischen Landtag ( Roger Lenhart - CDU, Sabine Waschke - SPD, Jürgen Frömmrich - B90/Die Grünen und Florian Rentsch, FDP) darüber, ob das Gesetz eine Chance gegen Diskriminierung sein könnte.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Praxis stand im Mittelpunkt der Plenarsitzung am 26. September 2009. Der bundesweit renommierte Rechts- und Fachanwalt Frank Jansen berichtete von den Alltagserfahrungen in der Rechtspraxis und den Schwierigkeiten, aber auch den Chancen in Deutschland gegen Diskriminierung vorzugehen.

### **3.1.2.4 Diversity-Ansätze**

Vor allem global agierende Wirtschaftsunternehmen haben seit längerer Zeit erkannt, dass eine monokulturelle Ausrichtung ihres Betriebes und der Belegschaft der Entwicklung ihres Unternehmens nicht förderlich ist und vorhandene Ressourcen und Potenziale nicht ausreichend ausschöpfen bzw. nutzen.

Zunehmend wird daher auch in Deutschland Diversity Management als Konzept der Unternehmensführung eingesetzt, das die Verschiedenheit der Beschäftigten nicht nur beachtet, sondern sie zum Nutzen aller Beteiligten und des Unternehmens gestaltet.

Für die agah ein lohnenswerter Ansatz, um Diskriminierungen bereits präventiv zu begegnen und bereits bestehenden Vorurteilen adäquat zu begegnen. Im Berichtszeitraum wurde daher intensiv darum geworben, dieses erfolgreiche Konzept auch in anderen gesellschaftlichen Bereich anzuwenden.

Nach den Vorstellungen der agah soll das Konzept des Diversity Management insbesondere für staatliche Stellen und nichtstaatliche Organisationen weiterentwickelt und eingesetzt werden. Dies fördert nicht nur die Chancengleichheit und verhindert Benachteiligungen.



Sondern damit wird zudem ein Bewusstsein für Vielfalt geschaffen und die notwendige Kompetenz für den erfolgreichen Umgang mit Vielfalt vermittelt.

### **3.1.2.5 Einzelfälle Diskriminierung und Rassismus**

#### Bewerbungsverfahren einer Muslima

Eine kopftuchtragende Muslima wandte sich im Jahr 2008 an die agah und berichtete, dass sie von einem Einzelhandelsunternehmen beauftragten Firma ausgewählt worden war, um gemeinsam mit weiteren 50 Personen - darunter auch ihr Bruder - an zwei Tagen in dem Haus des Einzelhandelsunternehmens Aufräumarbeiten im Rahmen einer Aushilfsbeschäftigung in Frankfurt durchzuführen.

Am Tag des Arbeitseinsatzes sollte zuvor mit den ausgewählten Personen, darunter eine weitere kopftuchtragende Frau, noch die Vertragsunterzeichnung im Haus des Einzelhandelsunternehmens erfolgen. Die Wartenden wurden einzeln ohne alphabetische Ordnung zur Vertragsunterzeichnung aufgerufen.

Die zweite kopftuchtragende Frau wurde aufgerufen, dann aber wieder von dem Mitarbeiter der für die Personalbeschaffung zuständigen Firma gebeten, nochmals Platz zu nehmen. Die Vertragsunterzeichnung wurde mit den Wartenden fortgesetzt bis zum Schluss noch drei Frauen, darunter die beiden kopftuchtragenden Frauen, übrig blieben. Den drei Frauen wurde mitgeteilt, dass mehr Bewerber/innen eingeladen worden waren als benötigt würden und sie deshalb nicht eingestellt werden könnten.

Der Bruder der Beschwerdeführerin, der zuvor bereits eine Zusage erhalten hatte, verzichtete aus Solidarität mit seiner Schwester auf den Einsatz. Daraufhin konnte die dritte Frau, die kein Kopftuch trug, nachrücken.

Die agah wandte sich mit Schreiben sowohl an das Einzelhandelsunternehmen als auch das mit der Einstellung beauftragte Unternehmen. Letzteres antwortete nicht. Das Einzelhandelsunternehmen teilte der agah mit, dass man davon überzeugt sei, dass das beauftragte Unternehmen keine Benachteiligung wegen der Religionszuge-

hörigkeit beabsichtigt habe. Gleichzeitig wurde versichert, keinerlei Vorbehalte gegen Menschen muslimischen oder anderen Glaubens zu haben.

Die gleiche Beschwerdeführerin berichtete ebenfalls im gleichen Jahr von einer Bewerbung als Lehrerin bei einer Lernwerkstatt, wo sie nur unter der Bedingung beschäftigt worden wäre, wenn sie im Unterricht kein Kopftuch trägt. In diesem Fall wurde die Beschwerdeführerin an eine örtliche Stelle verwiesen. Ein Ergebnis ist nicht bekannt.

### Presseberichte des Polizeipräsidiums Südosthessen

Im Jahr 2009 wurde die agah auf Presseberichte des Polizeipräsidiums Südosthessen aufmerksam, die im Internet auf dem Presseportal „Polizeipresse“ eingestellt waren. In einer Vielzahl dieser Presseberichte, die sich im wesentlichen auf in der Stadt Offenbach gegangene Delikte bezogen, wurde häufig und wiederholt die Nationalität der tatverdächtigen Personen genannt, ohne dass dies im Kontext zu ermittlungsrelevanten Aspekten oder zum Verständnis des jeweiligen Sachverhalts notwendig war.

Die agah sah darin einen Anlass, unter Hinweis auf den Hessischen Erlass zum „Schutz nationaler Minderheiten vor Verwendung diskriminierender Minderheitenkennzeichnung durch Polizeibehörden“ vom Juni 2008 die Beachtung desselben anhand einiger ausgewählter Beispiele überprüfen zu lassen und zudem auf eine Erweiterung der Anwendung auch auf ethnische Minderheiten zu dringen.

Weder der Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen noch der Hessische Innenminister mochten in Schreiben an die agah ein erlasskonformwidriges Verhalten in den genannten Beispielen zu erkennen.

In seiner Präzisierung des Erlasses wies der Hessische Innenminister jedoch darauf hin, dass die hessische Polizei nicht nur die rechtlichen Vorgaben als Ausgestaltung der Menschenwürde sehe, sondern sich bei ihrem Handeln und Auftreten insbesondere dem Schutz von Minderheiten verpflichtet fühle. Form und Inhalt des polizeilichen Sprachgebrauchs im Innen- und Außenverhältnis seien so zu halten, dass sie nicht diskriminieren oder Vorurteile schüren. Im jedem Einzelfall erfolge die Prüfung, ob die Nennung der Nationalität eines Tatverdächtigen zum Gesamtverständnis bedeutsam ist. Bestätigt wurde zudem, dass die Berichterstattung der Polizeipräsidien auch

unter dem von der agah vorbrachten Aspekt einer möglichen Diskriminierung betrachtet werden und bei solchen, sich abzeichnenden Tendenzen Maßnahmen eingeleitet würden.

Diese Erlassung wurde positiv bewertet und den Ausländerbeiräten zur Kenntnis gegeben.

### **3.1.3 Rechtsextremismus**

#### **3.1.3.1 Allgemein**

Eine aktive Antidiskriminierungs- und Antirassismusbearbeitung muss sich zwangsläufig auch mit der Entwicklung und Fragen des Rechtsextremismus befassen. Nicht jeder diskriminierende Handlung oder rassistischen Äußerung liegt eine rechtsextreme Einstellung des Täters zugrunde. Hingegen ist die Verbreitung menschenverachtender Ideologien und Hetze gegen ethnische und religiöse Minderheiten in Deutschland immanenter Bestandteil des Handelns rechtsextremistischer Gruppierungen und ihrer Anhänger/innen. Zugleich läuft der rechte Extremismus jeglicher Integrationspolitik zuwider.

Mehrfach beschäftigte sich die agah im Rahmen von Plenarsitzungen dem Thema.

Am 9. Juni 2007 berichtete der Hessische Innenminister Volker Bouffier über die Entwicklung extremistischer Gruppen und Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund in Hessen, erläuterte die Maßnahmen des Landes und diskutierte mit den Delegierten zum Thema „Rechtsradikalismus und Rassismus in Hessen - Gefahr für den inneren Frieden oder ein zu vernachlässigendes Problem?“.

Am 15.11.2008 war der Willfried Rexroth, Hessisches Kriminalamt, Leiter der Hessischen Landeskoordinierungsstelle „Beratungsnetzwerk Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ und Leiter der Geschäftsstelle „IKARUS - Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfe Rechtsextremismus, Gast der agah und informierte ebenfalls über hessische Erkenntnisse und Maßnahmen des Landes Hessen.

### 3.1.3.2 Positionen der agah

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zog es nach sich, dass selbstredend einige Forderungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus Eingang in das agah-Aktionsprogramm „Integration“, das Ende 2007 verabschiedet wurde, fanden. So forderte die agah bestehende Initiativen, wie das IKARUS-Programm, zu stärken und auszubauen sowie lokale Initiativen und ehrenamtlicher Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus vermehrt zu fördern.

Zur Unterstützung der lokalen Initiativen sind Ansprechpartner/innen nötig, die bei Problemen und Fragen beraten. Hier lässt sich beispielhaft die „Mobile Beratung gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ nennen. Die Qualität der Projekte sollte durch Evaluierung und wissenschaftliche Begleitung erhöht werden.

Rechtsextreme sind bemüht, durch Zugang zu Schulen Einfluss auf Jugendliche zu gewinnen. Gleichzeitig sind Schulen ein Ort, an dem Grundlagen für eine kritische Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Positionen vermittelt werden können. Das Projekt „Wölfe im Schafspelz“ ist richtig und wichtig, aber es gibt Verbesserungsmöglichkeiten. Schulen sollen auch die zeitlichen und finanziellen Ressourcen geboten werden, externe Unterstützung (auch längerfristig) in Anspruch zu nehmen. Fachlehrer alleine können die Aufklärungsarbeit nicht leisten. Schulen sollen auch ermutigt werden, im Falle von Aktivitäten von Rechtsextremen den normalen Schulablauf zu unterbrechen, um der Herausforderung gerecht zu werden. Zugleich sollte die Gewaltprävention in der Lehrerfortbildung und der Ausbildung von Referendaren stärkeres Gewicht bekommen.

Zudem sollten Lokalstudien stärker gefördert werden. Eine wirkungsvolle Arbeit gegen Rechtsextremismus kann nicht nur auf den Daten der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik basieren. Viele Aktivitäten Rechtsextremer bewegen sich zwar am Rand der Strafbarkeit, überschreiten diesen jedoch nicht. Außerdem werden viele Verbrechen aus Angst vor Repressalien nicht angezeigt. Es ist daher wichtig, durch wissenschaftliche Studien besseren Einblick in die Problematik zu gewinnen.

### **3.1.3.3 Beratungsnetzwerk „Mobile Interventionen gegen Rechtsextremismus“**

2007 wurde das Beratungsnetzwerk „Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ durch das Land Hessen als hessischer Beitrag eines bundesweiten, zunächst auf drei Jahre angelegtem Projekts eingerichtet. Aufgabe des Projekts ist es vor allem bei Vorkommnissen mit rechtsextremen, antisemitischen oder menschenfeindlichen Hintergrund eine schnelle und fundierte Beratungshilfe anzubieten (mehr auf [www.beratungsnetzwerk-hessen.de](http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de)).

Die Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ fand statt am 27.08.2007 in Wiesbaden statt.

Die agah gehört dem Netzwerk aus NGO's und Vertretern des Landes sowie mehrerer nachgeordneter Behörden seit der Einrichtung an. An den etwa 4-5 mal jährlich stattfindenden Vernetzungstreffen nahm Ulrike Foraci regelmäßig teil.

Im März 2008 wurde eine Idee des Netzwerkes an die agah herangetragen, die darauf beruhte, dass im Rahmen von Beratungsfällen, in denen auch juristische Verfahren gegen Jugendliche eine Rolle spielen, die Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund begangen haben, sich immer wieder die Frage stelle, wie die Jugendlichen sinnvoll die verordneten gemeinnützigen Arbeitsstunden verrichten können. In zwei Fällen hätten über den Landesverband der jüdischen Gemeinden Maßnahmen vermittelt werden können; das Netzwerk stelle sich aber die Frage, ob es nicht auch im Kontext von aktiven Ausländerbeiräten möglich wäre, dass Jugendliche dort Arbeitsstunden verrichten, um dort gleichzeitig Einblicke in die Arbeit der Beiräte und in die Nöte von Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen zu können. Die agah gab diese Überlegung gerne an Ausländerbeiräte mit Geschäftsstellen weiter, die Interesse und die Möglichkeit hätten, solchen Jugendlichen einen Platz zur Ableistung ihrer verordneten Arbeitsstunden zur Verfügung zu stellen und die damit gleichzeitig den Jugendlichen helfen, durch praktische Erfahrungen ihre Einstellungen zu überdenken. Interessierte Ausländerbeiräte wurden gebeten, sich bei der agah zu melden.

Der Leiter der Koordinierungsstelle stellte die Arbeit des Netzwerks während der Vorstandssitzung am 11.08. 2008 dem Vorstand und am 15.11.2008 im Rahmen einer Plenarsitzung den Delegierten vor.

### **3.1.3.4 Polizist mit rechter Vergangenheit**

Im Dezember 2008 erreichte die agah ein anonymes Schreiben, mit dem die agah auf die rechtsextremen politische Vergangenheit eines Dietzenbacher Polizeibeamten hingewiesen wurde, der als Kontaktbeamter für die ausländischen Bevölkerung eingesetzt wurde. Nach öffentlicher Berichterstattung wurde der Fall vor Ort gelöst und die agah brauchte nicht weiter aktiv werden.

### **3.1.3.5 Internet - wer kennt wen**

Im Mai 2009 wurde die agah über eine Gruppe auf der Internetplattform „wer-kennt-wen“ in Kenntnis gesetzt. Recherchen ergaben, dass dort immer wieder Gruppen mit rechtsextremistischen Hintergrund auftauchen, deren Seiten nicht oder nur mit erheblicher Verzögerung geschlossen werden. Nachdem bei der Recherche im Netz eine weitere Gruppe gefunden werden konnten, schaltete die agah zunächst das Landeskriminalamt ein. Nachdem die Antwort des LKA eher unbefriedigend war und an das Jugendschutznetzwerk weitergeleitet wurde, wurde zusätzlich der Betreiber der Webseite mit einem Grundsatzschreiben zum Umgang mit rechtsextremen Seiten auf der Seite angeschrieben. Der Betreiber hat auf das Schreiben vom Oktober 2009 nie reagiert. Aufgrund der Arbeitsüberlastung in der Geschäftsstelle wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt.

### **3.1.3.6 Wahlplakate der Republikaner**

Im Europawahlkampf 2009 wurden an verschiedenen Orten Hessens Wahlplakate der Republikaner gesichtet, die die Aufschrift „Europa statt Eurabia“ trugen. Die agah bat darauf hin den Landeswahlleiter, im Rahmen seiner Möglichkeiten gegen dieses, eventuell den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllenden Plakat vorzugehen. Der Landeswahlleiter wies die agah darauf hin, dass dies ihm aufgrund der in den einschlägigen Rechtsgrundlagen abschließend geregelten

Aufgabenbeschreibung nicht möglich sei.

Parallel dazu hatte der stellvertretende Vorsitzende Ismail Özdoğan als Privatperson Strafanzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Volksverhetzung gestellt. Die Staatsanwaltschaft lehnte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens jedoch ab, da sich aus ihrer Sicht keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Straftat ergeben würden. Herr Özdoğan bat die agah ihn bei seiner geplanten Beschwerde gegen diese Ablehnung aktiv zu begleiten. Nach umfangreicher juristischer Recherche über die Erfolgsaussichten sowie den möglicherweise anfallenden Kostenaufwand empfahl der Vorstand dem Plenum der Beschwerde in der ersten Instanz unter der Voraussetzung der Kostenneutralität beizutreten. Das Plenum folgte dem Vorschlag mit Beschluss im November 2009. Die bereits ausformulierte Beschwerde wurde dann aber letztendlich nicht eingereicht, da rechtsverbindlich die Kostenneutralität für die agah nicht sichergestellt werden konnte.

### **3.1.3.7 Sonstiges**

Veranstaltungen, die im Berichtszeitraum zum Thema Rechtsextremismus stattfanden und an denen Vertreter/innen der agah teilnahmen, waren u.a.

- |            |   |
|------------|---|
| 22.03.2006 | „Rechtsradikalismus an unseren Schulen?“, Diskussionsveranstaltung, Karben. Veranstalter: Arbeitskreis Schule, AB Karben, DAF, Kurt-Schumacher-Schule, Polizeipräsidium Mittelhessen, Schulsozialarbeit der Stadt Karben  |
| 18.03.2008 | „Strategien gegen Rechtsextremismus“, Vortrag und Diskussion, Karben. Veranstalter: Deutsch-Ausländischer Freundschaftskreis, Ausländerbeirat der Stadt Karben, Polizeipräsidium Mittelhessen, DGB-Ortsverband Karben, Berufsbildungswerk Südhessen, Kurt-Schumacher-Schule Karben, Schulsozialarbeit der Stadt Karben, Arbeitskreis Schule im Gesprächskreis Prävention der Stadt Karben |

22.09.2008 „Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus“, Frankfurt. Veranstalter: Hessischer Jugendring